

# **Universitäts- und Landesbibliothek Tirol**

## **Die Irrlehren der Sozialdemokratie**

**Richter, Eugen**

**Berlin, 1893**

7. Staatsbetrieb und Aufhebung der Konkurrenz

## 7. Staatsbetrieb und Aufhebung der Konkurrenz.

„Genossenschaftliche Wirtschaft“ nennt das „Berliner Volksblatt“ den Staatsbetrieb. In dem Programm der Sozialdemokraten heißt es auch „genossenschaftliche Regelung der Arbeit“. Das Wort „Genossenschaft“ ist wohlklingender, es erinnert gewissermaßen an das Genossenschaftswesen nach dem Muster von Schulze-Delitzsch. In Wirklichkeit handelt es sich aber nicht um Einzelbetriebe von Genossenschaften, sondern um eine Zwangsorganisation der gesamten Produktion durch den Staat, um einen einheitlichen staatlichen Betrieb der gesamten Produktion. Die sozialdemokratische Ordnung kann selbständige Betriebe ebensowenig gestatten in Form von Genossenschaften, wie in Form von Betrieben einzelner Unternehmer. Denn jeder selbständige Betrieb setzt auch selbständige Arbeitsmittel voraus. Alle Arbeitsmittel, alles Kapital aber gehört dem Staat. Auch würde ja der Betrieb mehrerer Genossenschaften eine Konkurrenz hervorrufen und damit zu sozialer Ungleichheit führen. Selbst eine gemeindeweise selbständige Produktion kann logischer Weise ebensowenig stattfinden, denn die Gemeinden sind nichts wirtschaftlich Abgeschlossenes, sondern stehen in Konkurrenz mit einander. Was daher einst sozialdemokratische Schriftsteller früher über gruppenweise Organisation der Produktion ausgeführt haben, widerspricht ebenso sehr der Logik des eigenen Programms; die vollständige Konsequenz desselben erheischt sogar einen einheitlichen Weltbetrieb. Alles was unter Mißbrauch des Wortes „Genossenschaft“ lokale oder fachweise Organisation der Produktion genannt wird, kann in Wahrheit nur unselbständige Unterabteilungen eines einheitlichen Betriebs darstellen, ähnlich den einzelnen Filialen desselben Privatunternehmens an verschiedenen Orten.

Daß der Großbetrieb an sich keineswegs überall Vorteile bringt, sondern vielfach Nachteile, haben wir bereits nachgewiesen. Daß der Staatsbetrieb als solcher nicht vorteilhaft ist gegenüber dem gleichen Betrieb durch Privatunternehmer, ist notorisch. Fiskus kauft teuer und verkauft billig. Domänen rentieren am wenigsten, wenn der Staat in eigener Regie wirtschaftet, sie rentieren besser, wenn er den Betrieb verpachtet, am besten, wenn er die Domänen verkauft. So ist es auch mit den Staatsfabriken. Eisengießerei, Porzellanmanufaktur, Hüttenwerke, alles dies rentiert schlechter unter Staatsleitung als unter Privatleitung. Mit Handelsgeschäften hat der Staat erst recht kein Glück. Als die königliche Seehandlung noch große Fabrik- und Handelsgeschäfte betrieb, wurde sie dreimal zahlungsunfähig. Daß der Staat den Großbetrieb in der Produktion übernimmt, macht denselben also erst recht uneinträglich.

Die Sozialdemokraten haben nun allerdings ein einfaches Mittel, die Ueberlegenheit des Staatsbetriebes über den Privatbetrieb zu dekretieren. Sie verbieten jeden Privatbetrieb, schaffen die Konkurrenz ab, indem sie behaupten, daß sich bei Beseitigung der Konkurrenz eine Organisation schaffen lasse, welche die Arbeit erst voll und ganz produktiv mache. Die Verluste, welche jetzt aus dem Betriebe verschiedener konkurrierender Unternehmer für die Unterliegenden entstehen, würden

alsdann vermieden. Eine einheitliche Organisation der Gütererzeugung und Güterverteilung gestatte es, Arbeitskräfte und Arbeitsmittel überall voll auszunutzen. — Es sind dies dieselben Vorstellungen, durch welche mitunter die Regierungen versucht haben, die Einführung von Monopolen plausibel zu machen. In Wahrheit aber bestand bei den letzteren der Zweck darin, solche hohe Verbrauchssteuern auf einzelne Artikel zu legen, deren Erhebung sich beim Vorhandensein vieler Privatbetriebe nicht mehr durchführen läßt.

Wird der einheitliche Staatsbetrieb nun weniger Verlust haben als die Gesamtheit der Privatbetriebe? Wodurch entsteht der Verlust? Zunächst durch Naturereignisse, z. B. unberechenbare Einwirkung der Witterung auf Produktion und Konsumtion. Solche kann auch die sozialdemokratische Weltordnung nicht abwenden. Alle Veränderungen in der Produktion und Konsumtion, welche unvorherzusehende Naturereignisse bewirken, bleiben daher dieselben. Aber, so sagen die Sozialdemokraten, das blinde Spiel von Angebot und Nachfrage hört auf. Alles, so schreibt Bebel in der „Frau“, geht nur nach Plan und Ordnung vor sich. „Die ganze Gesellschaft ist organisiert, also auch die Feststellung des Maßes der verschiedenen Bedürfnisse sehr leicht, und wenn erst einige Erfahrung vorliegt, vollzieht sich das Ganze spielend.“

Das Angebot kann allerdings der sozialdemokratische Staat leicht übersehen, weil nur der Staat selbst etwas anzubieten hat. Aber auch die jetzige Gesellschaft bemüht sich, das Angebot möglichst genau zu ermitteln. Bebel selbst lobt die Vervollkommnung der Statistik, sowohl der Privatstatistik als der staatlichen Erhebungen. Zur Erntestatistik kommen die wöchentlichen Uebersichten aller Handels- und Hafenplätze über die Vorräte an Petroleum, Kaffee, Baumwolle, Zucker u. s. w. Im Ganzen, meint Bebel, treffen diese statistischen Uebersichten ziemlich sicher zu und geben den Interessenten einen Ueberblick, wie der Markt in der nächsten Zeit sich gestalten wird. — Also allzu viel würde der sozialdemokratische Staat in Bezug auf die Statistik des Angebots nicht voraus haben.

Wie aber ist es nun um die Statistik der Nachfrage bestellt? Hunderttausende von Unternehmern haben jetzt weit mehr Fühlung mit den Bedürfnissen des Publikums als eine einheitliche staatliche Organisation es in der Zukunft haben würde. Ihr eigenes Interesse zwingt die Privatunternehmer, über diese Bedürfnisse des Publikums sich auf das Genaueste zu unterrichten. Wenn der Unternehmer das Bedürfnis des Publikums falsch beurteilt, so verwandelt sich sein Gewinn in Verlust. Solche Verluste würden die sozialistische Staatsleitung erst recht treffen. Freilich giebt es ein einfaches Mittel, auch die Nachfrage festzustellen, wenn man nämlich allen Personen genau bis ins Einzelne vorschreibt, was sie verzehren, wie sie wohnen und wie sie sich kleiden sollen. Alsdann kann freilich die sozialdemokratische Staatsleitung die Nachfrage ebenso genau feststellen, wie ein Zucht hausdirektor die erforderlichen Lieferungen für den Unterhalt seiner Häslinge im Voraus berechnet. Die Logik des sozialdemokratischen Programms zwingt zur Regelung auch der Konsumtion in dieser Weise, denn in dem Maße, wie der sozialdemokratische Staat noch irgend eine freie

Wahl auch nur im Lebensgenuß zuläßt, bleibt die Unsicherheit in der Schätzung der Nachfrage genau dieselbe wie in der heutigen Gesellschaftsordnung.

Die letztere kennzeichnet sich dadurch aber ganz besonders, daß der Privatunternehmer nicht nur die vorhandene Nachfrage zu erkennen sucht, sondern auch diese Nachfrage im Voraus zu berechnen sucht, daß er mit einem Wort darauf ausgeht, neue Nachfrage hervorzurufen durch Verbesserungen und Vervollkommnungen in jeglicher Art des Angebots. Hierzu wird er gerade veranlaßt durch sein Eigeninteresse. Gelingt es ihm, dem Bedürfnis des Publikums entgegenzukommen, so wächst zunächst sein Gewinn, aber schließlich verbleibt ihm nicht dieser Gewinn. Andere eifern ihm nach, und die Konkurrenz bewirkt, daß der Fortschritt, der zunächst wesentlich dem Einzelnen zu gute kommt, schließlich der Allgemeinheit zu teil wird. Das ist der Segen der freien Konkurrenz, von der die Sozialdemokraten freilich keine Vorstellung haben.

Der Unternehmergeinn ist nach Abzug der darin enthaltenen Vergütung für persönliche Mühewaltung und für Kapitalnutzung die Prämie für die richtige Bemessung der Bedürfnisse des Publikums. Zugleich aber ist dieser Unternehmergeinn die Prämie dafür, die Gütererzeugung und die Güterverteilung mit dem möglichst geringsten Aufwand an Arbeitskraft und Arbeitsmitteln zu bewerkstelligen. Auch wer hierin eine bessere Methode herausfindet, erzielt vor seinem Konkurrenten solange einen Gewinn, bis der Fortschritt Gemeingut wird und die durch die verbesserte Methode ermöglichte Preisermäßigung die Verbesserung allen zum Vorteil gereichen läßt.

Freilich steht in der heutigen Gesellschaftsordnung zunächst dem Unternehmergeinn des Einzelnen aus der Verbesserung einer Methode in der Erzeugung oder Verteilung der Güter oder in der Herstellung eines den Bedürfnissen des Publikums mehr entsprechenden Artikels ein Verlust bei allen denjenigen Unternehmern gegenüber, deren nunmehr veraltete Einrichtungen, Methoden, Bedarfsartikel unbrauchbar oder unverkäuflich werden. Aber derselbe Verlust wird auch im sozialdemokratischen Staat eintreten, sobald der einheitliche Staatsbetrieb irgend eine Neuerung einführt. Der Privatunternehmer wird zum Vorteil der Allgemeinheit durch die Konkurrenz gezwungen, sich jeder Neuerung anzuschließen; die Leiter des Staatsbetriebes haben nicht nur keinerlei Eigeninteresse am wirtschaftlichen Fortschritt, sondern können umgekehrt in Ermangelung jeder Konkurrenz jeden Fortschritt, der ihre einmal vorhandenen Einrichtungen, Maschinen u. s. w. entwertet, und dazu noch ihnen persönlich nur Unbequemlichkeiten verursacht, verhindern.

Es ist richtig, daß die Konkurrenz mehrerer der Volkswirtschaft auch gewisse Geschäftskosten mit sich bringt, welche ein einheitlicher Betrieb vermeiden kann; aber diese Ersparnis wird bei weitem ausgeglichen durch das rege Streben nach Verbesserungen jeder Art, welches nur die freie Konkurrenz hervorbringt und durch einheitlichen ausschließlichen Betrieb vollständig erstickt wird.

Vermehrung des Kapitals, Verbesserung der Produktion und der Konsumtion sind die Voraussetzungen des Kulturfortschritts. Wir haben nunmehr gesehen, daß der sozialdemokratische Staat, indem er das Eigeninteresse der Privaten sowohl an der Kapitalansammlung, wie

an der Verbesserung der Produktion und Konsumtion vollständig mattsetzt, in beiden Richtungen die vorwärtstreibenden Kräfte in der Volkswirtschaft zerstört.

## 8. Falsche Beurteilung der Handelsgewerbe.

Bevor wir die sozialdemokratische Organisation der Produktion im Einzelnen betrachten, empfiehlt es sich, noch einen Blick zu werfen auf das Beispiel, welches die Sozialdemokratie mit Vorliebe anführt, um darzutun, wie viel billiger alles von ihr dem Einzelnen durch einheitlichen Staatsbetrieb nach Beseitigung der Konkurrenz zugänglich gemacht werden kann. „Anstelle der Duzende, Hunderte, Tausende von Läden und Handelslokalitäten aller Art, die heute jede Kommune im Verhältnis ihrer Größe besitzt,“ so schreibt Bebel im Buch über die „Frau,“ S. 167, „treten große Kommunedepots, Vorratshäuser, elegante Bazars, ganze Ausstellungen, die ein verhältnismäßig geringes Verwaltungspersonal beanspruchen. . . . Auch die Millionen kleiner zersplitterter Sendungen, die an ebensoviel Eigentümer gingen, wachsen jetzt zu großen mächtigen Ladungen an, die nach den Kommunedepots und nach den Zentralproduktionsstätten wandern. Die Arbeit wird auch hier enorm vereinfacht, es wird Zeit, Arbeitskraft, Material in großer Menge erspart.“

Die Beseitigung des Kaufmannsstandes ist allerdings eine besondere Lieblingsvorstellung Bebels. So schreibt auch Bebel in seiner 1877 erschienenen Broschüre: „Unsere Ziele“, S. 31. „In der menschlichen Gesellschaft existiert eine große Klasse von Menschen — und zwar nicht die schlechtesten — durch den Vertrieb der Produkte. Es ist dies eine Klasse von Leuten, die als Agenten, Makler, Krämer, kurz, als Zwischenhändler aller Art ihre Existenz dadurch finden, daß ein Preiszuschlag auf den Preis der Ware erfolgt, den der Konsument selbstverständlich bezahlen muß. Im sozialistischen Staat würde diese Klasse verschwinden. Große Lager oder Bazars würden die Stelle unserer Kramläden, kaufmännischen Geschäfte u. s. w. ersetzen.“

In dem Roman von Bellamy wird die Durchführung dieses Teils des Bebel'schen Romans sehr hübsch geschildert, indem Fräulein Edith den aus dem Jahre 1887 durch magnetischen Schlaf in das Jahr 2000 versetzten Herrn West durch die sozialdemokratischen Bazars Bostons spazieren führt. Dieselben sind freilich in manchen Dingen kaum anders eingerichtet, wie die großen Privatlager in unserer Reichshauptstadt. Nur beschränkt sich der Kommis darauf, Bestellungen entgegenzunehmen; die Enthaltung jeder Warenanpreisung wird von Fräulein Edith als ein großer Fortschritt bezeichnet. Dieses sozialdemokratische Fräulein überieht, daß in den allermeisten Fällen der Käufer nicht eine solche spezielle Warenkenntnis besitzen kann, um ohne Unterredung, Frage und Auskunftserteilung beurteilen zu können, inwieweit eine vorhandene Ware seinem persönlichen Bedarf entspricht. Wo aber das Gegenteil zutrifft, werden auch heute Bestellungen brieflich oder telephonisch nach Preisrestaurants vollzogen. Weiter sind in den sozialdemokratischen Bazars, auch der Ersparnis halber, nur Proben